



Nr. 203 / 8. November 2019

Sozialausschuss: Medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen in der Region Flensburg auch über das Jahr 2026 hinaus sicherstellen

Der Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat in seiner gestrigen Sitzung (Donnerstag) einstimmig eine Resolution für die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen in der Region Flensburg beschlossen.

In der Resolution wird das Sozialministerium gebeten, weiterhin Gespräche mit den beteiligten Akteuren in der Region Flensburg zu führen, um auch nach der Fertigstellung des Zentralklinikums im Jahr 2026 die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen in der Region sicherzustellen. Zuvor waren Pläne des neuen ökumenischen Krankenhausträgers bekannt geworden, dass im künftigen Zentralkrankenhaus ein Abbruch von Schwangerschaften nur noch in medizinischen Notfällen möglich sein solle.

Der Vorsitzende des Sozialausschusses, Werner Kalinka (CDU), zeigte sich über das Einvernehmen im Sozialausschuss hoch erfreut: „Wir konnten mit der Resolution ein wichtiges politisches Signal in die Region Flensburg senden.“ Es sei dringend notwendig, die Gespräche über die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen fortzuführen, so der Ausschussvorsitzende.